

Stand: 02.02.2026 15:23:24

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/5959

"Freiheit und Privatsphäre schützen - Recht auf Bargeld im Grundgesetz verankern"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/5959 vom 31.03.2025
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/6829 des VF vom 20.05.2025
3. Plenarprotokoll Nr. 52 vom 05.06.2025
4. Plenarprotokoll Nr. 61 vom 21.10.2025
5. Beschluss des Plenums 19/9014 vom 25.11.2025
6. Plenarprotokoll Nr. 64 vom 25.11.2025



Antrag

der Abgeordneten **Rene Dierkes, Christoph Maier, Martin Böhm, Dieter Arnold** und
Fraktion (AfD)

Freiheit und Privatsphäre schützen – Recht auf Bargeld im Grundgesetz verankern

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf allen Ebenen für die grundgesetzliche Verankerung eines Bargeldschutzes einzusetzen. Hierzu ist im Bundesrat eine Grundgesetzänderung mit Ergänzung des Art. 14 durch Hinzufügung eines vierten Absatzes wie folgt anzustreben:

„(4) Jeder hat zur Verwirklichung seiner Eigentumsrechte das Recht zur uneingeschränkten Nutzung von Bargeld. Von der Notenbank herausgegebene Banknoten sind das einzige unbeschränkte gesetzliche Zahlungsmittel. Die Abschaffung oder Verknappung physischer Zahlungsmittel sowie die Einschränkung ihrer Nutzung zu Geschäfts- und Sparzwecken sind unzulässig. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.“

Begründung:

1. Schutzwürdigkeit von Bargeldtransaktionen

Die Nutzung elektronischer Zahlungswege kann Transaktionskosten und Zeit sparen, jedoch bleibt Bargeld als Tausch- und Zahlungsmittel wichtig, um Wertaufbewahrung und Anonymität zu gewährleisten. Lange Zeit boten Buchgeld und Bargeld gleichermaßen diese Funktion. Bürger und Unternehmen konnten ihr liquides Vermögen kostenlos auf ihrem Bankkonto verwahren und erhielten dafür kleine Zinszahlungen. Diese Situation hat sich durch die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) verändert. Kontoführung kostet nun Gebühren und Guthaben werden oft nicht verzinst, teilweise fallen sogar Negativzinsen an. Das Halten von Bargeld unterliegt diesen Nachteilen nicht und ist daher zur Wertaufbewahrung schutzwürdig. Darüber hinaus vermeidet Bargeld die Abhängigkeit von Banken, die problematisch sein kann, wenn Konten gesperrt oder Geschäftsbeziehungen gekündigt werden. Im Krisenfall zeigt Bargeld besondere Vorteile, da der elektronische Zahlungsverkehr anfällig für Stromausfälle oder Kommunikationsstörungen ist. Zudem gewährt Bargeld Anonymität und Privatsphäre in Transaktionen, was es besonders schützenswert macht, da ohne Bargeld die finanzielle Privatsphäre der Bürger nicht gewährleistet ist. Eine Überwachung aller Käufe und Geldtransaktionen durch Institutionen wäre möglich, wodurch der Staat letztendlich bestimmen könnte, wer was wann kaufen oder wohin reisen darf. Ein grundgesetzlich abgesichertes Nutzungsrecht und die Annahmeverpflichtung von Bargeld sind nötig, um dies zu verhindern.

2. Politische Bemühungen der Bargeldabschaffung

Einige befürworten die bargeldlose Gesellschaft als Mittel gegen Geldwäsche und Terrorfinanzierung. Der Beschluss des EZB-Rats vom 4. Mai 2016 zur Einstellung der Ausgabe von 500-Euro-Banknoten war ein erster Schritt in Richtung Bargeldabschaffung, begründet durch die Erleichterung illegaler Aktivitäten. Diese Begründung stellt jedoch

alle Bargeldnutzer unter Generalverdacht. Tatsächlich bekämpft die Abschaffung von Geldscheinen nicht die Geldwäsche, da Kriminelle andere Wege finden, z. B. digitale Zahlungswege oder unregulierte „Hawala“-Zahlungen. Die Einführung des digitalen Euro ist ein weiterer Schritt in Richtung Bargeldabschaffung. Trotz der Betonung, dass der digitale Euro nur eine Ergänzung sei, wurden bereits Einschränkungen im Zahlungsverkehr mit Bargeld vorbereitet. Nach der Abschaffung der 500-Euro-Banknote folgte 2017 die Verschärfung der Ausweispflicht bei Barzahlungen, 2022 die Obergrenze für Bargeldzahlungen. Daher wächst die Sorge, dass der digitale Euro langfristig zum einzigen Zahlungsmittel wird und Bargeld abgeschafft wird. Die Deutsche Bundesbank gründete 2024 das Nationale Bargeldforum, um Bargeld als effizientes Zahlungsmittel zu erhalten. In Deutschland sinkt die Anzahl der Geldautomaten, was den Zugang zu Bargeld erschwert. Dennoch wollen 93 Prozent der Befragten laut Bundesbank-Studie selbst entscheiden, ob sie bar oder unbar bezahlen.

3. Bargeldschutz als Lösung

Die vorgeschlagene Ergänzung des Eigentumsschutzes aus Art. 14 Abs. 1 Grundgesetz soll die genannten Gefahren abwenden. Durch die Benennung des Rechtes auf Bargeld als Bestandteil der Eigentumsgarantie wird Bestrebungen zur Bargeldabschaffung entgegengewirkt. Es wird die uneingeschränkte Nutzung von Bargeld garantiert und dessen Status als einziges unbeschränktes gesetzliches Zahlungsmittel festgeschrieben. Die Abschaffung oder Verknappung physischer Zahlungsmittel sowie die Einschränkung ihrer Nutzung zu Geschäfts- und Sparzwecken werden durch eine Ergänzung des Grundgesetzes unzulässig.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

**Antrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Christoph Maier, Martin Böhm u.a. und
Fraktion (AfD)**
Drs. 19/5959

**Freiheit und Privatsphäre schützen - Recht auf Bargeld im Grundgesetz veran-
kern**

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Rene Dierkes**
Mitberichterstatter: **Dr. Alexander Dietrich**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 24. Sitzung am 10. April 2025 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
 - CSU: Ablehnung
 - FREIE WÄHLER: Ablehnung
 - AfD: Zustimmung
 - B90/GRÜ: Ablehnung
 - SPD: AblehnungAblehnung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat den Antrag in seiner 27. Sitzung am 20. Mai 2025 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:
 - CSU: Ablehnung
 - FREIE WÄHLER: Ablehnung
 - AfD: Zustimmung
 - B90/GRÜ: Ablehnung
 - SPD: AblehnungAblehnung empfohlen.

Petra Guttenberger
Vorsitzende

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Abstimmung

über Europaangelegenheiten und Anträge, die gem. § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die endgültige Abstimmungsliste.

(Siehe Anlage)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der endgültigen Abstimmungsliste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind augenscheinlich alle Fraktionen. Gibt es Gegenstimmen? – Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Europaangelegenheiten und Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 2)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen
 oder
 Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder
 Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
 (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Europaangelegenheiten

1. Beteiligung am Konsultationsverfahren der Europäischen Union

Digitale Wirtschaft und Gesellschaft
 Öffentliche Konsultation zur künftigen Strategie „KI anwenden“
 09.04.2025 - 04.06.2025
 Drs. 19/3237, 19/6917

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Bayerische Landtag nimmt das Konsultationsverfahren zum Anlass, die auf Drs. 19/6917 veröffentlichte Stellungnahme abzugeben.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
☒	☒	☒	☒	☒

2. Beteiligung am Konsultationsverfahren der Europäischen Union

Umwelt

Öffentliche Konsultation – Bioökonomie-Strategie: Auf dem Weg zu einer zirkulären, regenerativen und wettbewerbsfähigen Bioökonomie
31.03.2025 - 23.06.2025

Drs. 19/6344, 19/6916

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Bayerische Landtag gibt im Konsultationsverfahren die auf Drs. 19/6916 veröffentlichte Stellungnahme ab.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
☒	☒	☐	☐	☐

Anträge

3. Antrag der Abgeordneten Petra Guttenberger, Michael Hofmann, Dr. Alexander Dietrich u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Martin Scharf u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Klare Signale des Rechtsstaats I: Beschleunigte Verfahren im Jugendstrafrecht auch für jugendliche Täter einführen
Drs. 19/5106, 19/6707 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
☒	☒	☒	☐	☐

4. Antrag der Abgeordneten Petra Guttenberger, Michael Hofmann, Dr. Alexander Dietrich u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Martin Scharf u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Klare Signale des Rechtsstaats II: Anhebung der maximalen Dauer des Jugendarrests von 4 Wochen auf 4 Monate
Drs. 19/5107, 19/6708 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
☒	☒	☒	☐	☐

5. Antrag der Abgeordneten Petra Guttenberger, Michael Hofmann, Alfred Grob u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Martin Scharf u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Klare Signale des Rechtsstaats III: Umfassende Studie zu den Ursachen der gestiegenen Jugendkriminalität sowie einer möglichen Absenkung des Strafmündigkeitsalters von gegenwärtig 14 Jahren
Drs. 19/5108, 19/6709 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
☒	☒	☒	☒	☒

6. Antrag der Abgeordneten Petra Guttenberger, Michael Hofmann, Dr. Alexander Dietrich u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Martin Scharf u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Klare Signale des Rechtsstaats IV:
Anhebung des Strafrahmens bei Jugendstrafen
Drs. 19/5109, 19/6710 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
☒	☒	☒	☒	☒

7. Antrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Florian Köhler u.a. und Fraktion (AfD)
Bundesregierung lässt afghanische Asylbewerber einfliegen –
Rechtmäßigkeit und Auswirkungen des Bundesaufnahmeprogramms
Drs. 19/5500, 19/6711 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

8. Antrag der Abgeordneten Anna Rasehorn, Holger Gießhammer, Volkmars Halbleib u.a. SPD
Einordnung von Lootboxen als Glücksspiel
Drs. 19/5646, 19/6712 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
☒	☒	☒	☒	☒

9. Antrag der Abgeordneten Alexander Flierl, Bernhard Seidenath, Tanja Schorer-Dremel u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Werner Schießl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Akkreditierungsprozesse beschleunigen und vereinfachen
Drs. 19/5676, 19/6703 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
☒	☒	☒	☒	☒

10. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
„Kimm Hoam II“ – Anreizprogramm für die Rückverlagerung von Industrieproduktion nach Bayern
Drs. 19/5836, 19/6764 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
☒	☒	☒	☒	☒

11. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Sanne Kurz u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Rechtsstaatlichkeit statt Machtspielchen – Rundfunkfinanzierungsänderungsstaatsvertrag unverzüglich dem Landtag zuleiten!
Drs. 19/5837, 19/6804 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
☒	☒	☒	☒	☒

12. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Eva Lettenbauer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Beratungsangebote des Freistaates Bayern
zur Arbeitsmarkteingliederung
Drs. 19/5871, 19/6749 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
☒	☒	☒	☒	☒

13. Antrag der Abgeordneten Harald Meußgeier, Gerd Mannes, Prof. Dr. Ingo Hahn und Fraktion (AfD)
Kühlflüssigkeit in Wärmepumpen
Drs. 19/5879, 19/6704 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
☐	☐	☒	☐	☐

14. Antrag der Abgeordneten Tanja Schorer-Dremel, Alexander Flierl, Thomas Huber u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Susann Enders u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Verbot von gesundheitsgefährdenden Stoffen
in temporären Kindertattoos
Drs. 19/5886, 19/6705 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
☒	☒	☒	☒	☒

15. Antrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Christoph Maier, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Freiheit und Privatsphäre schützen –
Recht auf Bargeld im Grundgesetz verankern
Drs. 19/5959, 19/6829 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

16. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Kostenexplosion Elternbeiträge verhindern –
Für eine echte Entlastung unserer Familien!
Drs. 19/5967, 19/6750 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

17. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
UN-Behindertenrechtskonvention als Richtschnur
bei politischen Entscheidungen einsetzen
Drs. 19/5968, 19/6751 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
☐	☐	☐	☐	☐

18. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Holger Gießhammer, Ruth Müller, Florian von Brunn u.a. und Fraktion (SPD)
Mehr Eier für Bayern: Wie können Bayerns Konsumenten
vor zu hohen Eierpreisen unter anderem angesichts
der derzeitigen Krise in den USA geschützt werden?
Drs. 19/5969, 19/6719 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
☐	☐	☐	☐	☐

19. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Marina Jakob u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Alexander Flierl, Tanja Schorer-Dremel, Volker Bauer u.a. CSU
Sachgerechten Umgang im Konfliktfeld Silberreiherr, Fischerei und Artenschutz in Bayern durch solide Datenbasis sicherstellen!
Drs. 19/5970, 19/6720 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
☒	☒	☒	☒	☒

20. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Marina Jakob u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Alexander Flierl, Tanja Schorer-Dremel, Volker Bauer u.a. CSU
Sachgerechten Umgang im Konfliktfeld Gänsesäger, Fischerei und Artenschutz in Bayern durch solide Datenbasis sicherstellen!
Drs. 19/5971, 19/6722 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
☒	☒	☒	☒	☒

21. Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Harald Meußgeier, Prof. Dr. Ingo Hahn und Fraktion (AfD)
Klimaschutzpolitik auf Kosten des Handwerks?
Anhörung zu den Auswirkungen der nationalen CO₂-Abgabe auf das bayerische Bäckerhandwerk
Drs. 19/5977, 19/6723 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

22. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Marina Jakob u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Alexander Flierl, Tanja Schorer-Dremel, Volker Bauer u.a. CSU Störzeiten durch Hochwasserlagen im Projekt der Landesanstalt für Landwirtschaft zum Gänsesäger berücksichtigen, Fehlzeiten anhängen! Drs. 19/6032, 19/6724 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
☒	☒	☒	☒	☒ ENTH

23. Antrag der Abgeordneten Thomas Huber, Bernhard Seidenath, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Anton Rittel u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Bericht zur Versorgung psychisch kranker Wohnungsloser in Bayern Drs. 19/6034, 19/6752 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
☒	☒	☒	☒	☒

24. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Paul Knoblach u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Tierschutz in der Nutztierhaltung durchsetzen – Schmerzen bei Tieren erfassen und ihre Ursachen beseitigen Drs. 19/6039, 19/6725 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

25. Antrag der Abgeordneten Alexander Flierl, Petra Högl, Tanja Schorer-Dremel u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Marina Jakob u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Bericht zur Rolle und Bedeutung der Wasserkraft beim Klima- und Hochwasserschutz
Drs. 19/6042, 19/6726 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
☒	☒	☒	☒	☒

26. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Nicole Bäuml, Ruth Waldmann u.a. SPD
Für Bayerns KITAS XI – Zugangshürden abbauen, Chancengerechtigkeit erhöhen
Drs. 19/6049, 19/6754 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
☒	☒	☒ ENTH	☒	☒

27. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Nicole Bäuml, Ruth Waldmann u.a. SPD
Für Bayerns KITAS XII – Stärkung der Familienorientierung
Drs. 19/6050, 19/6756 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
☒ A	☒ A	☒ A	☒	☒

28. Antrag der Abgeordneten Dr. Ute Eiling-Hütig, Petra Guttenberger, Thomas Huber u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Michael Koller u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Katharina Schulze, Johannes Becher, Mia Goller u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Holger Griebhammer, Dr. Simone Strohmayr, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Erhalt der Erwachsenenbildung – Vorsicht bei Umsatzsteuerpflicht und Scheinselbstständigkeiten
Drs. 19/6152, 19/6755 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
☒	☒	☒	☒	☒

29. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Patrick Friedl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Artenhilfsprogramme stärken – für mehr Artenvielfalt in Bayern!
Drs. 19/6168, 19/6837 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
☒	☒	☒	☒	☒

30. Antrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)
Bürokratieabbau für kleine Mühlenbetriebe: Evaluierung der Pflicht zur externen Explosionsschutzprüfung
Drs. 19/6185, 19/6838 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
☒	☒	☒	☒	☒

31. Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Harald Meußgeier und Fraktion (AfD)
Kooperativen Naturschutz entbürokratisieren und effizienter gestalten:
Landwirte bei der Vergabe von Fördermitteln im Bereich der Landschaftspflege priorisieren!
Drs. 19/6231, 19/6839 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

32. Antrag der Abgeordneten Harald Meußgeier, Gerd Mannes und Fraktion (AfD)
Hände weg vom Grundgesetz – Keine undefinierbare Klimaneutralität in unserer Verfassung
Drs. 19/6237, 19/6830 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
☐	☐	☒	☐	☐

33. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Windkraftausbau und Naturschutz gemeinsam anpacken:
Kartierung aller kollisionsgefährdeten Vogelarten
Drs. 19/6329, 19/6840 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
☐	☐	☐	☒	☐

34. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Patrick Friedl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Für die Zukunft unserer Artenvielfalt: Bericht über die Zukunft des bayerischen Biotopverbundes
Drs. 19/6331, 19/6841 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
☐	☐	☐	☒	☒

35. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Paul Knobloch u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Holger Griebhammer, Ruth Müller, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Anhörung zu Veterinärkontrollen und wiederholten Tierschutzverstößen in Rinderhaltungen
Drs. 19/6374, 19/6842 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
☐	☐	☐	☒	☒

36. Antrag der Abgeordneten Petra Högl, Alexander Flierl, Tanja Schorer-Dremel u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Ulrike Müller u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Weidepflicht für Ökobetriebe – Ausnahmen ermöglichen
Drs. 19/6483, 19/6820 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
☒	☒	☒	☒	☒

37. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Marina Jakob u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Petra Högl, Tanja Schorer-Dremel, Leo Dietz u.a. CSU
Bürokratieabbau im Müllerhandwerk: Kleinere Betriebe bei der Explosionsschutzprüfung entlasten!
Drs. 19/6488, 19/6843 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
☒	☒	☒	☒	☒

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Geschäftliches

(Beginn: 14:00 Uhr)

Präsidentin Ilse Aigner: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich begrüße Sie alle zur 61. Sitzung, die ich hiermit eröffne.

Bevor wir in die Tagesordnung einsteigen, darf ich noch zwei Glückwünsche aussprechen. Herr Kollege Andreas Jurca und Herr Kollege Fraktionsvorsitzender Klaus Holetschek haben beide heute Geburtstag. Im Namen des Hohen Hauses wünsche ich den Geburtstagskindern alles Gute zum Geburtstag, Glück und Segen.

(Allgemeiner Beifall)

Bevor ich Tagesordnungspunkt 1 aufrufe, möchte ich bekannt geben, dass der Tagesordnungspunkt 12, Antrag der AfD-Fraktion betreffend "Freiheit und Privatsphäre schützen – Recht auf Bargeld im Grundgesetz verankern" auf Drucksache 19/5959, auf Wunsch der Initiatoren von der heutigen Tagesordnung abgesetzt wird. Darüber hinaus weise ich darauf hin, dass die AfD-Fraktion zu ihrem Antrag betreffend "EU-CO₂-Flottengrenzwerte abschaffen – Keine planwirtschaftlichen Vorgaben für die Automobilindustrie in Bayern, Deutschland und Europa", Tagesordnungspunkt 21, namentliche Abstimmung beantragt hat.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Rene Dierkes, Christoph Maier, Martin Böhm, Dieter Arnold** und **Fraktion (AfD)**

Drs. 19/5959, 19/6829

**Freiheit und Privatsphäre schützen –
Recht auf Bargeld im Grundgesetz verankern**

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Tobias Reiß

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold

Abg. Rene Dierkes

Abg. Dr. Alexander Dietrich

Abg. Ralf Stadler

Abg. Tim Pargent

Abg. Martin Scharf

Abg. Horst Arnold

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 9** auf:

Antrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Christoph Maier, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)

Freiheit und Privatsphäre schützen - Recht auf Bargeld im Grundgesetz verankern (Drs. 19/5959)

Bevor ich die Aussprache eröffne, weise ich noch einmal darauf hin, dass die AfD-Fraktion zu diesem Antrag namentliche Abstimmung beantragt hat. Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt 29 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. Der erste Redner ist der Abgeordnete Rene Dierkes für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Sie haben das Wort.

Rene Dierkes (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir leben in einer Zeit, in der Freiheit, Selbstbestimmung und Privatsphäre zunehmend unter Druck geraten, nicht etwa durch äußere Feinde, sondern durch ein technokratisches Kontrollstreben im Inneren, das sich schleichend, aber zielgerichtet in unsere Lebensrealität hineinfraßt. Ein besonders perfides Beispiel dafür ist der schleichende Angriff auf unser Bargeld. Mit unserem Antrag fordern wir also nichts weniger als den Schutz einer der letzten Bastionen individueller Freiheit – das grundgesetzlich verankerte Recht auf die uneingeschränkte Nutzung von Bargeld.

Warum? – Weil Bargeld weit mehr ist als nur eine Zahlungsform. Es ist gelebte Anonymität, Schutz vor Überwachung und nicht zuletzt ein Ausdruck bürgerlicher Souveränität, zudem ein Schutz vor sofortigem Wertverfall. Man denke etwa an die Transaktionsgebühren bei Händlern für EC-Karten-Käufe.

Die EU arbeitet längst an einer vollständigen Digitalisierung des Zahlungsverkehrs. Der sogenannte digitale Euro, aktuell als Ergänzung zum Bargeld schmackhaft ge-

macht, ist in Wahrheit ein trojanisches Pferd. Schon seit Jahren erleben wir eine systematische Verdrängung des Bargeldes. Das hat mit der Abschaffung des 500-Euro-Scheins und der Ausweispflicht bei Barzahlungen begonnen, die laufend verschärft wurde. Es gibt Obergrenzen für Bargeldgeschäfte. Bei vielen Händlern kann man noch nicht einmal mehr mit Bargeld bezahlen.

(Tim Pargent (GRÜNE): Wo denn? Bei Amazon oder wo?)

Die Zahl der Geldautomaten sinkt zudem drastisch. Und all das geschieht nicht auf Wunsch der Bürger, wie es etwa ein Kollege der CSU im Ausschuss meinte. Nein, ganz im Gegenteil. 93 % der Menschen in Deutschland wollen laut Bundesbankstudie selbst entscheiden, ob sie bar oder digital bezahlen. Aber der politische Wille der Bevölkerung interessiert die Eliten in Brüssel oder Berlin bekanntlich nur, wenn er mit ihrer eigenen Agenda konform geht. In Wahrheit geht es nämlich hier um Kontrolle.

(Zuruf des Abgeordneten Tim Pargent (GRÜNE))

Ein vollständig digitaler Zahlungsverkehr bedeutet, dass jeder einzelne Kauf, jede Überweisung, jede Bewegung des Bürgers nachvollziehbar wird – in Echtzeit, automatisiert und zentralisiert. Was bleibt dann noch von der Privatsphäre übrig? – Natürlich nichts.

Der digitale Euro wird programmierbar sein. Das heißt konkret: Der Staat oder die Notenbank könnten in Zukunft bestimmen, wofür, wann und wie lange die Bürger ihr eigenes Geld überhaupt noch ausgeben dürfen. Konsum nur bei zertifizierten Händlern. Das ist alles denkbar und in der technischen Infrastruktur bereits angelegt. Unser Antrag zielt daher auf eine Ergänzung von Artikel 14 des Grundgesetzes.

(Zuruf des Abgeordneten Tim Pargent (GRÜNE))

Eigentum bedeutet auch, über sein Geld frei zu verfügen und, wenn es nach uns geht, auch in bar zu zahlen, wenn das der Bürger möchte. Wir wollen diesen Bürger verfassungsrechtlich absichern. Bargeld soll wieder das sein, was es laut einfachem

Gesetz ohnehin schon ist: das einzige unbeschränkte gesetzliche Zahlungsmittel. Wir fordern daher ein Verbot der Bargeldverknappung, ein Verbot der Einschränkung von Bargeldnutzung zu Geschäfts- oder Sparzwecken, und schließlich fordern wir eine klare gesetzliche Verpflichtung zur Annahme von Bargeld. Damit stellen wir uns gegen die stillschweigende Bargeldabschaffung und positionieren uns für die Freiheit der Bürger.

Uns wird immer wieder erzählt, Bargeld sei ein Werkzeug der Kriminalität. Das ist ein Einwand, der so alt wie durchschaubar ist. Kriminelle nutzen das Internet. Wollen wir daher das Internet abschaffen? Terroristen telefonieren. Wollen wir das Telefon abschaffen? Und ein Kollege von der CSU, Karl Straub, wurde 2021 wegen Betruges verurteilt. Wollen wir deswegen die CSU abschaffen?

(Beifall bei der AfD)

Die Wahrheit ist: Dieser Generalverdacht gegenüber Bargeldnutzern ist nichts weiter als ein Vorwand zur Einführung totaler Kontrolle über die Finanzströme der Bevölkerung.

(Zuruf des Abgeordneten Holger Dremel (CSU))

Hinsichtlich der aktuellen Berichterstattung wirft sich für mich ohnehin die Frage auf: Wenn der Kultusstaatsminister der Bundesregierung beim Tegernsee-Treffen mit seinen Kabinettskollegen über die Firma seiner Frau verkauft, zahlen die Kunden dann alle in bar? – Das bezweifle ich. Sicherlich zahlen sie mit Karte oder per Überweisung. Es ist daher nur schwer nachzuvollziehen, wie Sie einerseits die Bürger durch immer weitere sinnlose Einschränkungen und Gängeleien kriminalisieren und belästigen und andererseits Ihre Regierungskollegen die große Amigo-Sause feiern. Den Regierenden gehört auf die Finger geschaut und nicht den hart arbeitenden Bürgern.

(Beifall bei der AfD)

Es ist die Aufgabe des Bayerischen Landtags, die Grundrechte unserer Bürger zu verteidigen – nicht nur dann, wenn es bequem ist, sondern gerade dann, wenn sie unter Druck geraten, und das Bargeld steht heute unter massivem Druck, und zwar von der EU-Kommission bis zur EZB, von Bankeninteressen bis zur Digitalindustrie. Deshalb fordern wir Sie auf, mit uns gemeinsam ein starkes Zeichen zu setzen – für die Freiheit, für die Eigentumsgarantie, für den Schutz der Privatsphäre und schließlich für die Wahlfreiheit beim Bezahlen.

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Der nächste Redner ist der Kollege Dr. Alexander Dietrich für die CSU-Fraktion. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Dr. Alexander Dietrich (CSU): Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Dierkes, was Sie hier machen, ist wirklich schäbig.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Zuruf von Abgeordneten der AfD: Oh!)

Sie reihen hier Halbwahrheiten und Unwahrheiten aneinander. Sie schüren Ängste in der Bevölkerung, die völlig unberechtigt sind. Niemand hier, keiner von den demokratischen Parteien hat gefordert, dass Bargeld abgeschafft wird. Das ist völliger Unsinn. Niemand fordert das. Auch die EU fordert das nicht, und auch die EZB fordert das nicht.

(Beifall bei der CSU)

Auch ein digitaler Euro bedeutet nicht, dass Bargeld abgeschafft wird. Bargeld ist und bleibt das gesetzliche Zahlungsmittel, und dazu stehen wir auch. Aber wem nutzt es denn, wenn man dem folgen würde, was die AfD hier fordert? Eine völlig grenzenlose, uneingeschränkte Nutzung von Bargeld? Wem nutzt das? – Sie nutzt den Geldwäschern, den Hehlern, der Mafia, den Drogenbossen, den Steuerhinterziehern, den Zuhältern, dem illegalen Glücksspiel.

(Tim Pargent (GRÜNE): So ist es!)

Das sind alles Geschäfte, die mit Bargeld abgewickelt werden. Wir waren gerade letzte Woche in Italien und haben uns mit Anti-Mafia-Staatsanwälten unterhalten. Deutschland ist, weil es immer noch sehr bargeldaffin ist, insbesondere für die italienische Mafia ein Rückzugsort, wo Bargeldgeschäfte getätigt werden. Also, Bargeld unbegrenzt zu nutzen, geht nicht; denn das fördert die Organisierte Kriminalität, und es hilft dem Otto Normalverbraucher nicht.

(Matthias Vogler (AfD): So ein Quatsch!)

Wenn Luxusjachten, Immobilien unbegrenzt bar bezahlt werden können, ist illegalen Geschäften Tür und Tor geöffnet. Der Normalbürger kommt doch gar nicht auf die Idee, ein Auto, ein Luxusauto bar zu bezahlen.

(Zuruf des Abgeordneten Harry Scheuenstuhl (SPD))

Er kommt auch nicht auf die Idee, ein Haus bar zu bezahlen. Aber wer weiterhin sein Bargeld zu Hause haben will, der soll es bitte tun. Der muss dann halt nachweisen, wenn er es bei einer Bank einzahlt, woher er es hat. Aber der Mafioso wird das nicht tun.

Also, wir wollen weiter die uneingeschränkte Nutzung des Bargeldes als Zahlungsmittel haben. Aber die uneingeschränkte Nutzung, wie Sie sie fordern, ist völlig unverantwortlich und nutzt nur, wie ich es bereits ausgeführt habe, der Organisierten Kriminalität. Wir werden diesen Antrag ablehnen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Kommt noch eine Intervention?

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Nein, nein. Moment. – Doch! – Ich habe gedacht, Sie haben nur eine Kunstpause gemacht und habe nicht bemerkt, dass Sie mit Ihrer Rede zu Ende sind.

Dr. Alexander Dietrich (CSU): Nein, mehr gibt es dazu nicht zu sagen.

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Für eine Zwischenbemerkung erteile ich dem Abgeordneten Ralf Stadler für die AfD-Fraktion das Wort.

Ralf Stadler (AfD): Sehr geehrter Herr Kollege, was nutzt Bargeld als gesetzliches Zahlungsmittel, wenn zum Beispiel beim Autokauf die Autofirma die Bargeldannahme verweigert? Es funktioniert schon zum Teil gar nicht mehr, weil die großen Konzerne das praktisch gar nicht mehr annehmen. Oder gehen Sie mal ins Hotel. Wenn Sie eine Übernachtung mit Bargeld bezahlen möchten, geht das gar nicht mehr. Aber Sie sagen, das sei gewährleistet. Das stimmt gar nicht. Es ist eine schleichende Bargeldabschaffung. Da beißt die Maus keinen Faden ab. Wie erklären Sie sich das?

Dr. Alexander Dietrich (CSU): Sind Sie fertig mit Ihrer Frage? – Ich antworte gerne darauf: In Deutschland und in Europa gilt die Vertragsfreiheit. Jeder kann entscheiden, welches Zahlungsmittel er annimmt und welches nicht. Wenn ein Autohändler sagt, er akzeptiert keine Barzahlung, dann ist festzustellen, er akzeptiert keine Barzahlung. Gehen Sie einfach zu einem Autohändler, der Barzahlung akzeptiert. Es gibt sicher noch genug; aber das ist Vertragsfreiheit.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön. – Nächster Redner ist für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Herr Kollege Tim Pargent. Sie haben das Wort.

Tim Pargent (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Was wir mit diesem Antrag erleben, ist ein typisches AfD-Gebaren aus Angstmacherei auf der einen Seite und dem Verbreiten von Verschwörungstheorien auf der anderen Seite, insbesondere – und das hat der Vorredner der AfD getan – wenn hier von der totalen Überwachung, die angeblich drohe, gesprochen wird.

Ich will nicht zu sehr auf die Bargelddebatte eingehen, weil mein Vorredner von der CSU sehr profund auf die Thematik der Organisierten Kriminalität eingegangen ist.

Ich stelle aber fest: Geldpolitik ist europäische Zuständigkeit. Deswegen können Sie schon solche Sachverhalte in das Grundgesetz schreiben, es hat dort nur nicht so viel Wirkung.

Ich stelle außerdem fest: Bargeld hat in der EU Verfassungsrang. Artikel 128 der Europäischen Verträge legt fest, dass Bargeld ausgegeben wird. Das kann nur einstimmig geändert werden. Initiativen hierzu sind mir völlig unbekannt. Der EuGH legt diesen Artikel 128 so aus, dass Mitgliedstaaten das Bargeld nicht abschaffen oder zu stark einschränken dürfen. Nach all diesen Feststellungen frage ich mich: Warum stellen Sie diesen Antrag? – Ich meine, es geht Ihnen um die Verschwörungstheorien, die Sie rund um das Bargeld verbreiten.

Sie leben in einer Welt, in der jeden Moment die totalitäre Diktatur eingeführt wird. Erinnern wir uns daran, wie uns allen der UN-Migrationspakt angeblich die Freiheit nahm? – Nein, weil es – anders als Ihre Vorsitzende Ebner-Steiner im Jahr 2018 noch behauptet hat – nicht passiert ist. Dann kam Corona und Söders angeblich virokratisches Regime, die absolute Machtergreifung, die nicht mit der Pandemie enden werde, hieß es. Das ist ebenfalls nicht eingetreten. Heute geht es nicht zum ersten Mal um eine Verschwörung betreffend die Abschaffung des Bargelds.

Im Jahr 2023 hat Frau Ebner-Steiner die Sichtweise der AfD-Fraktion dazu dargestellt: Die EU wolle durch die endgültige Bargeldabschaffung die Freiheit abschaffen. Von der totalen Kontrolle über das Eigentum der Deutschen war die Rede. Das ist mehr als Angstmacherei. Sie verbreiten hier Verschwörungserzählungen, die übrigens im Kern antisemitisch sind, oder wen meint Frau Ebner-Steiner, wenn sie immerfort von der totalen "One World" spricht? Es handelt sich um einen Begriff, der direkt aus der Verschwörungserzählung der neuen Weltordnung stammt.

Wenn man den Reden der AfD hier im Plenum zuhört, kommt man sich manchmal wie in einem QAnon-Forum vor. Wie gefährlich diese Verschwörungserzählungen der AfD werden können, ist bereits bewiesen. Als die AfD-Bundestagsabgeordnete Malsack-

Winkemann mit anderen Verschwörungstheoretikern in den Tunneln des Bundestags nach Beweisen für die sogenannte Adrenochrom-Farmen im Sinne der QAnon-Verschwörung gesucht hat, ist dies deutlich geworden.

(Lachen bei der AfD)

Später baute sie darauf die Putschpläne der Prinz-Reuß-Verschwörung auf. Die designierte Justizministerin Malsack-Winkemann, die diese Verschwörung betrieben hat, war Mitglied der AfD im Bundestag.

(Widerspruch und Lachen bei der AfD)

Darüber lachen sie. Heute sitzt sie in U-Haft und steht vor Gericht, und das zu Recht.

(Widerspruch bei der AfD)

Sie erzählen von angeblichen Verschwörungen. Die einzigen Umsturzpläne betreiben Ihre Leute in Ihrer Partei und in Ihrem Umfeld. Solange Sie hier Ihre Verschwörungstheorien verbreiten, werde ich in der Bargelddebatte nicht ernsthaft mit Ihnen diskutieren.

(Beifall bei den GRÜNEN, der CSU, den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege. – Nächster Redner ist für die Fraktion der FREIEN WÄHLER Herr Kollege Martin Scharf. Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

Martin Scharf (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir lehnen den AfD-Antrag zur Verankerung des Rechts auf Bargeld im Grundgesetz ab. Wir tun das nicht, weil wir Bargeld geringschätzen, sondern weil der Antrag ein Problem beschreibt, das es so nicht gibt, und weil er verfassungsrechtlich ins Leere läuft.

Bargeld gehört zu unserem Alltag, und viele Menschen nutzen es gern. Wer bar zahlen will, soll das auch in Zukunft können, und daran besteht in diesem Haus kein Zweifel. Genau deshalb ist der vorliegende Antrag überflüssig; denn weder der Bund noch die Europäische Zentralbank planen eine Abschaffung des Bargeldes. Auch die Einführung eines digitalen Euros ist ausdrücklich als Ergänzung gedacht, nicht als Ersatz.

Es soll ein Schutz ins Grundgesetz geschrieben werden, obwohl das Schutzgut gar nicht bedroht ist. So wird eine Gefährdung suggeriert, die es in der Realität nicht gibt. Die AfD arbeitet hier erneut nach einem bekannten Muster: Es werden Ängste befeuert, dann wird eine vermeintliche Rettung angeboten. Wenn im Antrag von Verknappung und Einschränkung physischer Zahlungsmittel die Rede ist, dann klingt das dramatisch; aber es bleibt ohne Beleg.

Ja, es gibt weniger Geldautomaten als früher, weil sich das Zahlungsverhalten verändert und Banken darauf reagiert haben. Doch das ist keine staatliche Bargeldpolitik, sondern vor allem Markt- und Nachfrageentwicklung. Wer daraus eine angeblich geplante Abschaffung konstruiert, verdreht Ursache und Wirkung.

Hinzu kommt ein weiterer zentraler Punkt, der in den Ausschüssen klar wurde: Selbst wenn man die Forderung der AfD für sinnvoll hielte – ich tue das nicht –, würde eine Grundgesetzänderung praktisch nichts bewirken. Währung und Status gesetzlicher Zahlungsmittel werden in der Eurozone europäisch geregelt, und kein bayerischer oder auch deutscher Verfassungstext kann daran vorbei eine Regelung treffen. Der Antrag gaukelt also eine Sicherheit vor, die er rechtlich gar nicht liefern kann. Das ist kein verantwortungsvoller Umgang mit dem Grundgesetz.

Außerdem sollten wir nicht so tun, als gäbe es bei Bargeld keinerlei legitime Regulationsfragen. Wenn der Staat Geldwäsche bekämpft, wenn er Schwarzarbeit eindämmt und wenn er Terrorfinanzierungen erschwert, dann ist es nachvollziehbar, dass er bei extrem hohen Bargeldsummen genauer hinschaut oder Obergrenzen setzt. Diese Re-

geln richten sich nicht gegen den normalen Bürger, wie auch mein Vorredner dargelegt hat, sondern gegen kriminelle Strukturen, die gerade Bargeld wegen seiner schweren Nachverfolgbarkeit missbrauchen.

Wer in der Realität sieht, wie Immobilienkaufpreise aus Koffern bezahlt werden, der weiß, warum es hier klare Leitplanken braucht und warum eine absolute schrankenlose Bargeldgarantie der falsche Weg wäre. Ich sage es noch einmal ausdrücklich: Wir brauchen beides: Wahlfreiheit und Ordnung. Die Menschen sollen selbst entscheiden können, ob sie bar oder digital zahlen. Zugleich soll der Staat handlungsfähig bleiben, wo Bargeld zur Verschleierung von Straftaten genutzt wird. Deswegen bitte ich Sie, der Beschlussempfehlung zu folgen und den AfD-Antrag abzulehnen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege. – Nächster Redner ist für die SPD-Fraktion Herr Abgeordneter Horst Arnold. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Horst Arnold (SPD): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen, Bargeld ist in diesem Zusammenhang offensichtlich das Thema, das die AfD ins Grundgesetz aufnehmen will. Sie sind also die Partei des Grundgesetzes und der Verfassung. Wir stellen fest: Mehr Bagatelle geht nicht. Ohne Regelungsgegenstand geht es nicht; aber Sie bemühen das Grundgesetz. Ich leite daraus ab: Ihr Unterfangen ist eine Respektlosigkeit gegenüber der Bedeutung des Grundgesetzes in diesem Land.

(Beifall bei der SPD, der CSU, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Ihr Unterfangen ist ein Missbrauch des Grundgesetzes in diesem Land, weil niemand in irgendeiner Art und Weise die Absicherung des Bargeldes nötig hat.

Zur Frage des Bargeldes. Mir als Freund der Strafverfolgung in früheren Zeiten ist beim Bargeld immer auch die Frage der Geldwäsche sehr nahe. Nun spielt Geldwäsche auch in Ihren Reihen eine Rolle. Ich weiß nicht, welche Ermittlungsergebnisse

dazu vorliegen, wie der Herr Krah möglicherweise entsprechende Schmiergeldzahlungen erhalten hat – mit Sicherheit nicht in Giralgeld, mit Sicherheit nicht digital, womöglich ist das in irgendwelchen Währungen geschehen, seien es chinesische Währungen oder nicht.

Aber genau das ist der Punkt: Wir haben hier eine Rechtsordnung. Alle sind Steuerzahlerinnen und Steuerzahler. Die werden nicht mit dem Verdacht überzogen, irgendwelche Straftaten zu begehen; aber der Ordnung halber ist klar, dass Bargeldobergrenzen durch die EU eingezogen werden. Deutschland hat sie noch nicht, hat sie aber in kleinen Bereichen bereits eingeführt: anonyme Erwerbstatbestände auf Gold und sonstige Metallgegenstände gehen nur bis 2.000 Euro. Und warum? – Weil man sich in diesem Zusammenhang auch nicht Vermögenswerte schafft, die am Fiskus vorbeigeschafft werden könnten, und da wissen Sie ganz genau: Das Bargeld ist ein wichtiges Zahlungsmittel, muss aber genauso kontrolliert werden wie alle anderen Mittel, die geeignet sind, möglicherweise illegale Tatbestände zu erfüllen.

Eine Aufnahme Ihres Antrags in das Grundgesetz würde eine Herabstufung des Grundgesetzes bedeuten. Sie sorgen damit auch in der Öffentlichkeit dafür, dass das Grundgesetz nicht mehr ernst genommen wird. Demnächst, nach dem nächsten Urlaub auf Mallorca, kommen Sie noch daher und wollen das Absichern der Reservierung von irgendwelchen Liegen mit Handtüchern auch ins Grundgesetz aufnehmen, was vielleicht sinnvoller wäre.

(Heiterkeit und lebhafter Beifall bei der SPD, der CSU, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist hiermit geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration empfiehlt die Ablehnung des Antrags. Die namentliche Abstimmung

mung findet in elektronischer Form statt. Die Abstimmungszeit beträgt drei Minuten. Die Abstimmung ist nun freigegeben.

(Namentliche Abstimmung von 21:42 bis 21:45 Uhr)

Hatten alle Abgeordneten die Gelegenheit, ihre Stimme abzugeben? – Das scheint der Fall zu sein. Dann schlieÙe ich die Abstimmung jetzt. Das Ergebnis der namentlichen Abstimmung wird nun außerhalb des Plenarsaals ermittelt und in Kürze bekannt gegeben.

(...)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege. – Während sich der nächste Redner, Jürgen Eberwein für die CSU-Fraktion, auf den Weg macht, gebe ich kurz das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Antrag der AfD-Fraktion betreffend "Freiheit und Privatsphäre schützen – Recht auf Bargeld im Grundgesetz verankern", Drucksache 19/5959, bekannt: Mit Ja gestimmt haben 26 Abgeordnete, mit Nein gestimmt haben 114 Abgeordnete. Es gab keine Stimmenthaltung. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 25.11.2025 zu Tagesordnungspunkt 9: Antrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Christoph Maier, Martin Böhm u. a. und Fraktion AfD; Freiheit und Privatsphäre schützen - Recht auf Bargeld im Grundgesetz verankern (Drucksache 19/5959)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adjei Benjamin				Eberwein Jürgen		X	
Aigner Ilse		X		Dr. Ebner Stefan			
Aiwanger Hubert				Ebner-Steiner Katrin	X		
Arnold Dieter	X			Dr. Eiling-Hütig Ute		X	
Arnold Horst		X		Eisenreich Georg			
Artmann Daniel		X		Enders Susann			
Atzinger Oskar	X						
				Fackler Wolfgang		X	
Bäumler Nicole		X		Fehlner Martina		X	
Bauer Volker				Feichtmeier Christiane		X	
Baumann Jörg	X			Flierl Alexander			
Baumgärtner Jürgen		X		Freller Karl		X	
Baur Konrad				Freudenberger Thorsten			
Prof. Dr. Bausback Winfried		X		Friedl Patrick		X	
Becher Johannes		X		Friesinger Sebastian			
Beck Tobias		X		Frühbeißer Stefan		X	
Becker Barbara		X		Fuchs Barbara			
Dr. Behr Andrea		X		Füracker Albert			
Behringer Martin		X					
Beißwenger Eric				Gerlach Judith		X	
Bergmüller Franz				Gießübel Martina		X	
Bernreiter Christian				Glauber Thorsten			
Birzele Andreas				Gmelch Christin	X		
Blume Markus				Goller Mia		X	
Böhm Martin				Gotthardt Tobias			
Bötl Maximilian		X		Graupner Richard	X		
Bozoglu Cemal		X		Grießhammer Holger			
Brannekämper Robert		X		Grob Alfred		X	
von Brunn Florian		X		Groß Johann		X	
Dr. Brunnhuber Martin				Gross Sabine		X	
Dr. Büchler Markus				Grossmann Patrick		X	
				Guttenberger Petra		X	
Celina Kerstin		X					
				Halbleib Volkmar			
Deisenhofer Maximilian		X		Halemba Daniel	X		
Demirel Gülseren				Hanna-Krahl Andreas			
Dierkes Rene	X			Hartmann Ludwig		X	
Dierl Franc		X		Hauber Wolfgang		X	
Dr. Dietrich Alexander		X		Heinisch Bernhard		X	
Dietz Leo		X		Heisl Josef		X	
Dorow Alex				Dr. Herrmann Florian			
Dremel Holger		X		Herrmann Joachim			
Düinkel Norbert		X		Hierneis Christian		X	
				Högl Petra		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Hofmann Michael		X	
Hold Alexander		X	
Holetschek Klaus		X	
Holz Thomas		X	
Dr. Hopp Gerhard		X	
Huber Martin			
Huber Martin Andreas			
Huber Thomas		X	
Huml Melanie		X	
Jäckel Andreas		X	
Jakob Marina			
Jungbauer Björn		X	
Jurca Andreas	X		
Kaniber Michaela			
Kaufmann Andreas		X	
Kirchner Sandro		X	
Knoblach Paul		X	
Knoll Manuel		X	
Köhler Claudia		X	
Köhler Florian	X		
Kohler Jochen		X	
Koller Michael		X	
Konrad Joachim		X	
Kraus Nikolaus		X	
Kühn Harald		X	
Kurz Sanne		X	
Lausch Josef		X	
Lettenbauer Eva			
Lindinger Christian		X	
Lipp Oskar			
Locke Felix		X	
Löw Stefan	X		
Dr. Loibl Petra		X	
Ludwig Rainer		X	
Magerl Roland	X		
Maier Christoph	X		
Mang Ferdinand	X		
Mannes Gerd	X		
Dr. Mehring Fabian			
Meier Johannes	X		
Meußgeier Harald			
Meyer Stefan		X	
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen		X	
Mittag Martin		X	
Müller Johann	X		
Müller Ruth			
Müller Ulrike			
Nolte Benjamin	X		
Nussel Walter		X	
Dr. Oetzingen Stephan		X	
Osgyan Verena		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pargent Tim		X	
Prof. Dr. Piazzolo Michael		X	
Pirner Thomas		X	
Pohl Bernhard			
Post Julia			
Preidl Julian		X	
Rasehorn Anna		X	
Rauscher Doris		X	
Reiß Tobias		X	
Rinderspacher Markus		X	
Rittel Anton			
Roon Elena			
Saller Markus		X	
Schack Jenny		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Martin		X	
Scharf Ulrike			
Scheuenstuhl Harry		X	
Schießl Werner			
Schmid Franz	X		
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi			
Schnotz Helmut		X	
Schnürer Sascha			
Schöffel Martin		X	
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin		X	
Schuberl Toni			
Schuhknecht Stephanie			
Schulze Katharina			
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald			
Seidenath Bernhard		X	
Siekmann Florian		X	
Singer Ulrich	X		
Dr. Söder Markus			
Sowa Ursula		X	
Stadler Ralf	X		
Stieglitz Werner		X	
Stock Martin		X	
Stolz Anna			
Storm Ramona	X		
Straub Karl		X	
Streibl Florian		X	
Striedl Markus	X		
Dr. Strohmayr Simone			
Stümpfig Martin		X	
Tasdelen Arif		X	
Tomaschko Peter			
Toso Roswitha		X	
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele			
Vogel Steffen		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Vogler Matthias	X		
Wachler Peter		X	
Wagle Martin		X	
Walbrunn Markus	X		
Freiherr von Waldenfels Kristan		X	
Waldmann Ruth		X	
Weber Laura			
Dr. Weigand Sabine			
Weigert Roland			
Weitzel Katja			
Widmann Jutta			
Winhart Andreas	X		
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno			
Freiherr von Zobel Felix		X	
Zöller Thomas			
Zwanziger Christian		X	
Gesamtsumme	26	114	0